

PRESSEMITTEILUNG

Bovenden, den 12. Februar 2026

PRESSEKONTAKT

Jan Risting
Ratsherr des Flecken Bovenden
Orts- und Fraktionsvorsitzender der FDP
Mobil: +49 157 80384713
jan@risting.de

Ortsrat Bovenden lehnt „Horst-Linke-Trasse“ ab – FDP zeigt sich enttäuscht über Entscheidung von SPD und CDU

Der Ortsrat Bovenden hat in seiner Sitzung am 12.02.2026 den Antrag von Hans-Jürgen Lang (FDP) zur Benennung der bislang namenlosen Verbindungsstraße zwischen alter und neuer Bundesstraße 3 abgelehnt. Während die Mitglieder der FDP und der Freien Wählergemeinschaft (FWG) dem Vorschlag zustimmten, stimmten die Mehrheitsfraktionen von SPD und CDU gegen die Initiative.

Der Antrag sah vor, die wichtige Verkehrsverbindung künftig als „Horst-Linke-Trasse“ zu benennen und damit das langjährige kommunalpolitische Wirken des früheren Bovender Bürgermeisters Horst Linke zu würdigen.

Hans-Jürgen Lang äußerte sich nach der Abstimmung enttäuscht über das Ergebnis:

„Die Verbindung zwischen alter und neuer B3 ist seit Jahrzehnten ein prägender Bestandteil der Bovender Infrastruktur. Unser Antrag zielte darauf ab, einen lokalgeschichtlich begründeten und sachlich nachvollziehbaren Namen zu vergeben. Dass dieser Vorschlag keine Mehrheit gefunden hat, bedauern wir ausdrücklich.“

Im Verlauf der Beratung wurde seitens der CDU unter anderem angeführt, die Straße könne alternativ auch nach anderen Persönlichkeiten benannt werden. Hierzu stellte Lang klar: „Unser Vorschlag bezog sich bewusst auf eine Persönlichkeit mit unmittelbarem kommunalpolitischem Bezug zu Bovenden. Gerade dieses lokale Engagement war der entscheidende Maßstab unseres Antrags.“

Aus den Reihen der SPD wurde argumentiert, man wolle grundsätzlich keine Straßen nach Personen benennen, da dies willkürlich sei. Diese Sichtweise stieß im Gremium auf Widerspruch. Der Vertreter der FWG verwies darauf, dass innerhalb des Flecken Bovenden sehr wohl öffentliche Einrichtungen nach Kommunalpolitikern benannt wurden.

Für die FDP Bovenden bleibt die Entscheidung des Ortsrates daher schwer nachvollziehbar. „Die Würdigung kommunalpolitischen Engagements sollte keine Frage parteipolitischer Mehrheiten sein. Unser Antrag war als sachliche und überparteiliche Initiative gedacht“, so Lang abschließend.